

Thomas Feltes

Beitrag für das Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland (hrsg. Von W. Becker u.a., Paderborn u.a. 2002, S. 564 f.

Innere Sicherheit

Innere Sicherheit (IS) kann gesehen werden als

- a) System von staatlichen und privaten Einrichtungen, die das staatliche Gewaltmonopol ausüben;
- b) Summe der Faktoren, die das subjektive oder objektive Sicherheitsgefühl der Bürger in ihrem persönlichen Umfeld prägen;
- c) Konzept zur sicherheitspolitischen Verfasstheit einer Gesellschaft.

Der sog. „Höcherl-Entwurf“ für eine Notstandsverfassung (1962) gilt als Beginn der Entwicklung eines politischen Konzeptes der Inneren Sicherheit (IS). In den siebziger Jahren wird IS dann zu einem Schlüsselbegriff der innenpolitischen Debatte. Die Kriminalitätsentwicklung wird als Beleg für ein gestörtes kollektives Rechtsbewußtsein gesehen. Als Reaktion auf die Anschläge von RAF-Terroristen werden die Exekutivorgane gestärkt (u.a. Erweiterung der Kompetenzen im Ermittlungsverfahren, Einführung neuer Straftatbestände, Beschränkung der Strafverteidigung). Die Ständige Konferenz der Innenminister beschließt 1972 das „Programm für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland“. Dieses sieht den Ausbau des staatlichen Sicherheits- und Geheimbereiches (Polizei, Verfassungsschutz, Nachrichtendienste) vor. Gefährdungen der IS werden als Gefährdungen der Demokratie und damit der Bundesrepublik Deutschland gesehen. In der öffentlichen Debatte wird um die Mitverantwortung für den Terrorismus und das „geistige Umfeld“ (zu dem auch viele Künstler und Intellektuelle gezählt werden, u.a. Heinrich Böll) gestritten. In den achtziger Jahren führen militante Protestformen am Rande der Ökologiebewegung (Gorleben, Startbahn-West) zu einem weiteren Bündel von Gesetzen (sog.

„Anti-Terror-Gesetze“). Diese sollen die IS stärken, führen aber zu einer weiteren Beschneidung von Individualrechten.

Nicht nur die Europäische Einigung führt Ende der neunziger Jahre zu einer Vermischung der bis dato getrennten Inneren und Äußeren Sicherheit. Wanderungsbewegungen vor allem aus Osteuropa leiten eine heftige Asyldiskussion ein. Dies begünstigt in der Bevölkerung ein Gefühl der Bedrohung der IS durch „Überfremdung“, ohne daß es empirische-kriminologische Belege für eine reale Bedrohung gibt. Die Verbrechensfurcht steigt und spiegelt damit weniger konkrete Bedrohungen, sondern eher allgemeine gesellschaftliche Ängste wider, die hervorgerufen werden durch Segmentierungen (verstärkte Aufteilungen in unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen), Marginalisierungen (Schaffung von neuen Randgruppen) sowie zunehmende filtering-down-Prozesse (gesellschaftliche und ökonomische Herabstufungen von Bevölkerungsgruppen) innerhalb des wiedervereinten Deutschland.

Um das Jahr 2000 herum kommt es zu einem Anstieg von Aktionen und Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund, die sich gegen Ausländer, aber auch gegen gesellschaftliche Randgruppen wie Wohnungslose, Punks oder Homosexuelle richten. Diese Straftaten, im Ausland als „hate crimes“ definiert, werden zunehmend in der wissenschaftlichen wie politischen Diskussion als Bedrohung der IS gesehen – entstanden vor einem anderen politischen Hintergrund als in den siebziger und achtziger Jahren. Parallel dazu gewinnt „Europa als kriminalgeographischer Raum“ (Schwind) zunehmend an Bedeutung. Der Bezugsrahmen von IS wird somit einerseits grenzüberschreitend gesehen, andererseits spiegelt er gesellschaftspolitische Verwerfungen wider.

Sozialpsychologisch betrachtet ist IS ein Konstrukt, das durch subjektive Empfindungen und weniger durch objektive Gefährdungen gebildet wird. Entsprechend werden in den neunziger Jahren verstärkt Versuche unternommen, das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger und damit die IS durch Projekte der „kommunalen Kriminalprävention“, in denen möglichst viele Institutionen

kleinräumig zusammenwirken, zu stärken. Eine „bürgernahe Polizeiarbeit“ mit dezentraler Verantwortungs- und Finanzstruktur soll diese Massnahmen ermöglichen.

Literatur:

Hans-Dieter Schwind, Kriminologie, 10. Aufl. Heidelberg 2000